

Redebeitrag von Matthias Monroy, Mitarbeiter der Zeitschrift Bürgerrechte & Polizei, für die Kundgebung von Abolish Frontex am 26. März 2022 in Berlin

Mehrmals hat die Europäische Union in den vergangenen Jahren die Rechtsgrundlagen für Frontex erneuert und ihre Kompetenzen drastisch erweitert. 2016 wurde die Beschaffung eigener Ausrüstung erlaubt, umgehend begann Frontex mit dem Leasing eigener Flugzeuge und später auch Drohnen.

Als „Luftüberwachungsdienst“ beobachten sie das zentrale Mittelmeer, die sogenannte Balkanroute und die Ägäis. Dafür gibt Frontex rund ein Drittel des Geldes für Operationen aus.

Frontex gibt die Koordinaten aus der Luftaufklärung der unerwünschten Grenzübertritte an Behörden aus Griechenland oder Kroatien weiter; beides Länder, die für völkerrechtswidrige Zurückweisungen von vermutlich tausenden Menschen bekannt sind.

Auch im Falle Libyens ist Frontex für derartige Pushbacks mitverantwortlich. Frontex übermittelt Informationen zu Booten mit Geflüchteten im Mittelmeer. Libysche Milizen holen die Menschen dann nach Nordafrika zurück. De facto übernimmt Frontex also die Luftaufklärung für die sogenannte libysche Küstenwache.

Selbst dürfen die EU-Mitgliedstaaten aus Seenot gerettete Geflüchtete nicht in Folterstaaten wie Libyen zurückbringen. Mit ihrer Luftüberwachung öffnet Frontex also eine Hintertür der Europäischen Union. Seenotrettungsorganisationen und Völkerrechtler:innen nennen dies zu recht „Pushbacks durch Stellvertreter“ oder auch Pullbacks.

Diese Hintertür-Politik ist bezeichnend für Frontex. Es ist schwer, die Grenzagentur selbst für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich zu machen. Frontex hilft aber bei der Koordinierung von Verbrechen mit. Frontex schweigt, wenn die Menschen wie die von ihren Einheiten georteten Menschen wie in Griechenland auf Rettungsinseln ausgesetzt oder wie in Kroatien brutal über eine EU-Landaußengrenze zurück geprügelt werden. Den Gaststaaten ihrer Missionen gibt Frontex dadurch auch politische Rückendeckung.

Brachial durch die Vordertür kommt Frontex indes bei Abschiebungen von Geflüchteten. Frontex erhält hierzu ein eigenes Abschiebungszentrum, das Sammelflüge jetzt selbst initiieren kann. Die Dienste werden vor allem von Deutschland in Anspruch genommen. Der Chef dieser neuen EU-Abschiebeeinheit ist ein deutscher Bundespolizist. Zuvor hatte er die Leitung der Bundespolizeimission in Afghanistan inne.

Vor drei Jahren erhielt Frontex die Erlaubnis zum Aufbau einer neuen Grenztruppe mit der Bezeichnung „Kategorie 1“. Ihre 3.000 Einsatzkräfte tragen einheitliche EU-Uniformen und Schusswaffen. Damit verfügt die EU erstmals über eine bewaffnete Polizeieinheit, die zusätzlich mit Gummi- und Teleskopschlagstöcken, Handschellen und Reizstoffen ausgerüstet ist.

Ebenfalls seit 2019 operiert Frontex auch außerhalb der Europäischen Union. Einsätze erfolgen in Albanien, Montenegro, Serbien und jetzt Moldawien. Alle aus der EU in den Drittstaaten eingesetzten Beamten:innen genießen dort Immunität für Handlungen in Ausübung ihres Amtes.

Die Westbalkan-Abkommen waren nur der Anfang; derzeit verhandelt Frontex mit dem Senegal über den allerersten Einsatz in einem afrikanischen Land. Marokko könnte das nächste sein.

Frontex verselbständigt sich zusehends. Das Budget für die kommenden sieben Jahre erhöht sich auf fast sechs Milliarden Euro.

Laut ihrer Verordnung ist die Agentur „in operativen und technischen Fragen unabhängig und rechtlich, administrativ und finanziell autonom“. Dadurch ergibt sich ein äußerst besorgniserregendes Kontrolldefizit. Es existiert kein übergeordnetes Gremium, das dem Direktor Leggeri Anweisungen erteilen darf.

In der Schweiz hat ein Netzwerk aus Solidaritätsgruppen ein Referendum gegen die Finanzierung und personelle Unterstützung von Frontex gestartet. Abgestimmt wird am 15. Mai. Die Initiative ist von großer Bedeutung und sollte Nachahmer:innen auch in anderen Ländern finden. Ich beende den Redebeitrag deshalb mit zwei Forderungen der Kampagne aus der Schweiz:

Stopp der Kriminalisierung von Migration nach Europa und der damit verbundenen Militarisierung der Grenzen!

Abschaffung von Frontex als Symbol der abschottenden gewaltvollen europäischen Migrationspolitik!